

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK NIEDERSACHSEN 1 | 2019

# POSITIONEN

EINE WELT IN NIEDERSACHSEN

## Europa verändern!

Solidarität und Gerechtigkeit in der EU und weltweit

Besseres Klima und nachhaltige Ernährung

Wirtschaften und Handeln zum Wohle aller

# Liebe Leser\*innen,



die neue Ausgabe unserer POSITIONEN hat diesmal nicht ein inhaltliches Schwerpunktthema. Vielmehr präsentieren wir zur anstehenden Wahl zum Europaparlament am 26. Mai 2019 einen Strauß wichtiger europäischer und globaler Themen, die uns aus entwicklungspolitischer Sicht besonders beschäftigen.



Wir möchten Sie und euch ermutigen, sich damit in den Wahlkampf einzumischen, den Kandidat\*innen die globale Verantwortung Europas zu verdeutlichen und sie in die Pflicht zu nehmen, sich für eine gerechtere Welt einzusetzen. Denn Europa ist ein bedeutender Player in der Weltpolitik, der einen Unterschied machen kann.

Viel wird zurzeit darüber geschrieben, mit der Wahl ein eindeutiges Zeichen zu setzen gegen den neuen, wieder erstarkten Nationalismus und den populistischen Extremismus, welche das europäische Projekt zersplittern wollen.

Ja, das ist wichtig, aber es reicht nicht, wählen zu gehen, um rechte Kräfte zu verhindern. Das greift viel zu kurz. Die Parteien müssen sich erklären und aufzeigen, wie sie Europa und seine politischen Institutionen reformieren und arbeitsfähiger machen wollen, welchen Beitrag sie leisten werden, um die Welt sicherer, gerechter und zukunftsfähig zu machen. Das sollten wir von den Kandidat\*innen einfordern.

Ja, das ist wichtig, aber es reicht nicht, wählen zu gehen, um rechte Kräfte zu verhindern. Das greift viel zu kurz. Die Parteien müssen sich erklären und aufzeigen, wie sie Europa und seine politischen Institutionen reformieren und arbeitsfähiger machen wollen, welchen Beitrag sie leisten werden, um die Welt sicherer, gerechter und zukunftsfähig zu machen. Das sollten wir von den Kandidat\*innen einfordern.

Eines ist klar: Europa ist viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Interne Konflikte werden, wenn überhaupt, zäh und zeitraubend nur unbefriedigend gelöst.

Wenn die EU wirklich die vielbeschworene Wertegemeinschaft ist, dann muss sie dies unter Beweis stellen, indem sie sich immer wieder auf diese Werte rückbesinnt und daran ihr politisches Handeln ausrichtet. Mit allen Mitgliedsstaaten zusammen.

Diese mühsame Suche nach Kompromissen ist unumgänglich in dieser großen Staatengemeinschaft. Aber was wäre die Alternative? Der nicht enden wollende Verhandlungsmarathon zum Brexit zeigt, was auf dem Spiel steht, wenn die Gemeinschaft auseinanderbricht. Versuchen wir doch lieber, die EU von innen heraus zu verbessern und sie anzutreiben.

Auch als Zivilgesellschaft brauchen wir viel breitere Bündnisse und einen Blick über den Tellerrand, über unsere Landesgrenzen hinweg. Gemeinsam sind wir nicht nur stärker und hörbarer, wir können auch Zusammenhänge besser verstehen, Vorurteile abbauen, gemeinsam nach Lösungen suchen und diese partnerschaftlich auf breitere Fundamente stellen – kurz gesagt: einen wichtigen Beitrag zu einer lebendigen, offenen und solidarischen Zivilgesellschaft der europäischen Idee leisten.

Überlassen wir Europa also nicht den EU-Zersetzer\*innen. Bekennen wir uns grundsätzlich zu Europa und kämpfen wir weiter für ein besseres Europa. Mischen wir uns ein in den Wahlkampf und lassen wir auch nach der Wahl nicht nach mit unseren Forderungen nach einer nachhaltig gerechten Politik der EU. Vielfältig, bunt, zukunftsorientiert, energisch und laut.

Eine anregende Lektüre wünschen

Antje Edler und Regina Begander

**POSITIONEN**



VERBAND  
ENTWICKLUNGSPOLITIK  
NIEDERSACHSEN e.V.

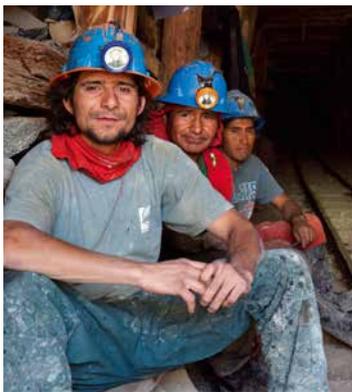


Niedersachsen **entwickeln**  
für Eine Welt

**Herausgeber** Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V., Hausmannstr. 9 - 10, 30159 Hannover, Tel. 0511-391650, info@ven-nds.de, www.ven-nds.de **Redakteur** Marco Klemmt **Redaktionelle Mitarbeit** Mana Atiglo, Felix Balzer, Regina Begander, Julian Cordes, Antje Edler, Juliane Jesse, Inna Junmann, Ulli Kowalke **Bilder** Diliff / Wikimedia Commons (4/5); Etereuti / Pixabay (6); 3dman\_eu / Pixabay (8); 24zwoelf (1/10); MISEREOR/Florian Kopp (11); C.Suthorn / Wikimedia Commons (12); CARE (14); Eduardo Martino (15); VEN (17); Jan Paulussen / Pixabay (18/19); Marco Klemmt (22/23) **Grafik** 24zwoelf.de **Druck** auf Recyclingpapier **Auflage** 750 **Hannover** April 2019

**Größere Stückzahl** der POSITIONEN kann gegen Übernahme der Portokosten in der VEN Geschäftsstelle bestellt werden.

**Gefördert** durch das Land Niedersachsen



### LEITARTIKEL

#### **4 Zeit für ein neues Europa!**

Antje Edler, VEN  
Marco Klemmt, Redakteur POSITIONEN 1/2019

### EUROPÄISCHE MIGRATIONS- UND ASYLPOLITIK

#### **6 Ursachen nicht länger ignorieren**

Jonas Wipfler, MISEREOR

### GEMEINSAME AGRARPOLITIK 2020

#### **8 Landwirtschaft wieder den gesellschaftlichen Bedürfnissen anpassen**

Ottmar Ilchmann, AbL Niedersachsen

Interview mit Marielle Palau, Paraguay

### EUROPÄISCHE KLIMAPOLITIK

#### **12 Mutiger Aufbruch in der Klimapolitik notwendig**

Sven Harmeling, CARE Deutschland

Interview mit Vitumbiko Chinoko, Malawi

### UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG

#### **15 Menschenrechte in Lieferketten verbindlich umsetzen**

Claudia Saller, European Coalition for Corporate Justice

Interview mit Akhona Mehlo, Südafrika

### EUROPÄISCHE HANDELPOLITIK

#### **18 Zielvorgabe: Die globale Konkurrenz aller gegen alle**

Jürgen Maier, Forum Umwelt & Entwicklung

### EINE WELT-IMPULSE FÜR DIE EUROPAWAHL

#### **20 Europa entwickeln!**

### ENGAGEMENT!

#### **22 Mitmachen! Einmischen!**



## LEITARTIKEL

# Zeit für ein neues Europa!

Antje Edler, VEN und Marco Klemmt, Redakteur POSITIONEN 1/2019

*Laut dem Eurobarometer vom Herbst 2018 findet eine deutliche Mehrheit von 79% der Deutschen und immerhin noch 60% der Europäer\*innen insgesamt, dass die EU-Mitgliedschaft ihres Landes eine gute Sache ist. Gleichzeitig wird das Projekt Europa zunehmend von Rechtspopulist\*innen, Nationalist\*innen und Rechtsextremen grundlegend in Frage gestellt, und ihr Zulauf wächst. Wenn im Mai das neue Europaparlament gewählt wird, wird sich daher vieles um die Frage drehen, ob europafreundliche Parteien in der Lage sein werden, die Wähler\*innen von sich zu überzeugen und eine Mehrheit gegenüber den Europakritikern zu erreichen.*

Ja, die EU ist fehlerhaft. Manchmal geradezu unerträglich fehlerhaft. Gegründet nach den unsäglichen Schrecken des Zweiten Weltkrieges und mit dem Versprechen, nie wieder Krieg in Europa führen und den Wohlstand der Bürger\*innen steigern zu wollen, entwickelte sich das größte supranationale Friedensprojekt der Welt im Laufe der Jahrzehnte zum größten Binnenmarkt weltweit – und zu einem global agierenden (wirtschafts-) politischen Schwergewicht. Mit den Verträgen von Maastricht nahm sich die EU zudem vor, in der „übrigen Welt“ zu Frieden und Sicherheit beizutragen und sie mit einem „freien und gerechten Handel“ nachhaltig zu entwickeln sowie Armut und Hunger zu eliminieren.

Unbestritten sind Frieden und Wirtschaftsleistung in der EU große Erfolge. Aber angesichts der aktuellen inneren wie globalen Herausforderungen, denen sich die EU gegenübersteht, braucht es mehr, um die Menschen von Europa zu überzeugen.

Als wichtiger Global Player ist die EU mit verantwortlich dafür, dass Ungerechtigkeit und Ungleichheit im globalen Maßstab zu- statt abgenommen haben. Auch in der EU geht die Schere zwischen den Reichen und den kriselnden EU-Staaten immer weiter auseinander und innerhalb der Mitgliedsstaaten verschwindet die Mittelschicht allmählich, während die Reichen immer reicher werden. Viele Menschen glauben, dass die Interessen von Banken und Großunternehmen in der EU mehr zählen als das Wohl aller. Das kostet Legitimität.

## Europa verändern statt abschaffen

Will Europa, genauer: die Europäische Union, weiterhin unterstützenswert bleiben, muss sich ihre Politik gravierend ändern. Nach innen und nach außen. Es braucht dringend eine Transformation im

großen Stil. Die EU muss ihre ursprünglichen Werte wieder in den Mittelpunkt rücken und ihr Handeln ernsthaft daran ausrichten.

Von zentraler Bedeutung sind hier die Menschenrechte und die Bedürfnisse der Menschen. Darauf aufbauend muss sich die europäische Politik konsequenter als bisher an den längst von ihr mitbeschlossenen Klima- und Nachhaltigkeitszielen, wie sie in der „UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ sowie dem Pariser Klimaabkommen von 2015 beschrieben sind, ausrichten und diese umsetzen. Ansonsten erleben vor allem die nachfolgenden Generationen nicht mehr unseren blauen Planeten, sondern nur noch ihr blaues Wunder.

Notwendige Korrekturen in der Landwirtschafts-, Handels- oder Klimapolitik werden an anderer Stelle in diesem Heft beleuchtet, hier einige weitere Schlaglichter:

## Mehr Demokratie wagen

Es darf nicht sein, dass die laut LobbyControl schätzungsweise 25.000 Lobbyisten in Brüssel mehr Einfluss auf die europäischen Institutionen haben als die rund 400 Millionen wahlberechtigten EU-Bürger\*innen. Daher muss das Europäische Parlament einflussreicher und die EU insgesamt bürger\*innennäher und demokratischer werden. Dazu gehören mehr direkte Einflussnahme auf politische Prozesse wie Volksbegehren, aber auch das Bekenntnis zu einer lebendigen Zivilgesellschaft, die die Werte Europas unterstützt und zur politischen Bildung beiträgt. Insbesondere für kleinere NGOs braucht es daher eine vereinfachte und erleichterte finanzielle Förderung ihres zivilgesellschaftlichen Engagements. Auch kleinere NGOs müssen Zugang zu finanzieller Förderung ihres zivilgesellschaftlichen Engagements bekommen.



## Sozialer Frieden unerlässlich

Unerlässlich für die Zukunftsfähigkeit der EU ist ein sozialer Frieden nach innen. Die EU muss all ihren Bürger\*innen das Recht auf Bildung, bezahlbares Wohnen, medizinische Versorgung, existenzsichernde Löhne sowie soziale Absicherung garantieren, um ein Leben frei von Armut zu ermöglichen. Auch muss sie die Rechte der Arbeitnehmer\*innen und Verbraucher\*innen sichern, Gleichberechtigung weiter vorantreiben und Jugendlichen eine Zukunftsperspektive im eigenen Land bieten.

Ohne eine gelebte Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten wird dies nicht funktionieren. Dabei dürfen die Solidarität und die menschenrechtliche Verantwortung nicht an den Außengrenzen enden. Fast 18.000 Tote und Vermisste im Mittelmeer allein von 2014 - 2018 und schon wieder über 300 bis April 2019 sowie die Kriminalisierung der Seenotrettung sind inakzeptabel. Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, brauchen sichere Fluchtwege, faire Asylverfahren und unsere Unterstützung. Gleichzeitig muss die EU die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft vorantreiben, damit unsere Produktion und unser Konsum nicht weiter auf Kosten von Mensch und Umwelt weltweit gehen. Vor allem im Klimaschutz braucht es auf internationaler Ebene eine starke Stimme der EU und gleichzeitig den Willen, die eigenen Klimaziele konsequent umzusetzen.

## Kohärenz und Partnerschaft auf Augenhöhe

Europa ist weltweit der größte Geldgeber in der Entwicklungszusammenarbeit. Doch u.a. seine außen-, landwirtschafts-, migrations- oder handelspolitischen Entscheidungen konterkarieren immer wieder die eigenen entwicklungs- und klimapolitischen Zielsetzungen. Wer aber Entwicklung derart hemmt - oder schlimmer noch, vorhandene regionale (Handels-) Strukturen zerstört -, darf sich nicht wundern, wenn der Migrationswunsch junger, perspektivloser Menschen nicht abnimmt. Wir brauchen mehr Kohärenz in der europäischen Politik und einen wirklichen Dialog auf Augenhöhe insbesondere mit den afrikanischen Partnern.

## Menschenrechtsbasierte Außen- und Sicherheitspolitik

Es zeichnet sich ab, dass das Europaparlament und die Mitgliedsstaaten in Zukunft noch mehr in die Abschottung der Außengrenzen und in militärische Sicherheitspolitik investieren und gleichzeitig Mittel für gewaltfreie Konfliktbearbeitung drastisch kürzen wollen. Die EU plädiert für die Ausrüstung von Armeen in Kriegs- und Krisengebieten, zum Beispiel zur Migrationsabwehr.

Erschreckend ist auch, dass die deutsche Bundesregierung, als sie im März 2019 das bestehende Waffenembargo für Saudi-Arabien aus guten Gründen verlängerte, heftigst von ihren europäischen Partnern dafür kritisiert wurde. Und das, obwohl sich die EU Staaten 2008 auf einen verbindlichen „Gemeinsamen Standpunkt zur Kontrolle von Rüstungsexporten“ geeinigt hatten, der Verletzungen der Menschenrechte ausdrücklich als Anlass für ein Embargo nennt. Sieht so etwa ein global wirkendes Friedensprojekt aus?

Die EU muss sich strikt einer menschenrechtsbasierten Außen- und Sicherheitspolitik verschreiben und im Falle eines Falles eben nicht vor der Rüstungsindustrie und den Wünschen strategischer Partner in Krisenregionen einknicken. Dann sollte die EU auch mehr Kompetenzen in Sachen Rüstungsgeschäfte erhalten.

## Aufstehen für unser Europa

Nur wenn es gelingt, das „Friedensprojekt Europa“ in ein global verantwortliches, nach Gerechtigkeit strebendes Solidarprojekt zu transformieren, dann ist die EU sicherlich kein Auslaufmodell, sondern hat das Potential, auch in Zeiten, in denen andere Regierungen sich immer mehr vor ihrer globalen Verantwortung drücken, voran zu gehen und zu zeigen, dass es geht: eine soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung der Gesellschaft im Einklang mit den planetarischen Grenzen zum Wohlergehen aller. Auch über die eigenen Grenzen hinaus.

Ja, Europa ist fehlerhaft. Und für Veränderungen braucht man einen langen Atem. Die Lösung kann aber nicht sein, den Rechten auf ihren von Rassismus, von Hass und Ressentiments gegenüber Minderheiten und allem Fremden durchtränkten Leim zu gehen oder ihnen gar Europa zu überlassen.

Denn trotz aller Schwächen und Defizite: es gibt wenige Regionen in der Welt, wo aus Erbeindern Freunde wurden. Und auch wenn es bereits in manchen Mitgliedsstaaten erhebliche Einschränkungen gibt, so steht die EU für Toleranz und Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit sowie Presse- und Meinungsfreiheit. Sie ist ein Ort, wo auch kritische Kunst und Kultur geschätzt werden, wo vielfältige Lebensweisen möglich sind und wo Demokratien Krisen überstehen. All diese Werte stehen nun auf der Kippe.

Gehen wir also für ein anderes, ein besseres Europa wählen. Und setzen wir unsere politische Arbeit fort, indem wir auch künftig Druck auf die EU-Parlamentarier\*innen ausüben.



## EUROPÄISCHE MIGRATIONS- UND ASYLPOLITIK

# Ursachen nicht länger ignorieren

Jonas Wipfler, MISEREOR

*Über Jahre hinweg haben die Schlagzeilen zu Migration die Medien in Europa dominiert. Von EU-Gipfel zu EU-Gipfel wurde das Thema auf der Tagesordnung mitgenommen und stand häufig ganz oben. Trotz dieser Dauerbeschäftigung hat die EU nicht zu einer konsistenten und klaren Haltung zu Migration und Flucht gefunden. Wenn im Mai die Wahl zum Europäischen Parlament stattfindet, hat die EU in der zurückliegenden Legislaturperiode auf nationaler und europäischer Ebene viele neue Migrations-Abkommen beschlossen, neue Mechanismen eingeführt und viel Geld ausgegeben. Dennoch bleiben grundlegende Fragen offen und Europa zu diesem Thema gespalten.*

### Europa schließt seine Tore und Häfen

Seit 2015 sind die Mauern um Europa hin zu seinen Nachbar-Kontinenten höher geworden. Neue Mauern sind an den östlichen Grenzen errichtet, Verfahren zur Abschiebung wurden verkürzt oder Asylverfahren manchmal gar nicht erst zugelassen. Grundlegende Rechte im Umgang mit Geflüchteten und Migrant\*innen wurden verletzt. So verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Spanien, die Menschen an seinen Grenzen zu Unrecht zurückzuweisen. In manchen Länder Europas wie Bulgarien wurden Rückführungen aus Deutschland wegen menschenunwürdiger Behandlungen ausgesetzt.

Zunächst begrüßten und unterstützten die EU-Staaten auch die private Seenotrettung nach dem Ende des Mare Nostrum Einsatzes. Mit dem Erstarken rechter Parteien und dem Regierungswechsel in Rom wurde private Seenotrettung jedoch immer weiter erschwert und schließlich kriminalisiert. Gleichzeitig werden Europas Staaten aber zunehmend passiver und auch die Bundeswehr hat sich gerade erst aus den Einsätzen zur Bekämpfung der so genannten Schleuser-Kriminalität im Mittelmeer zurückgezogen. Die libysche Küstenwache soll nun leisten, was zuvor viele Akteure gemeinsam kaum bewältigen konnten. Jene Küstenwache, zu deren fragwürdigem Verhalten bei Einsätzen auch die Bundesregierung

Untersuchungen forderte. Mittlerweile ist es dazu still geworden, wohl, weil man von europäischer Seite keine Alternative anzubieten bereit ist.

Die Küstenwache bringt Aufgegriffene nach Libyen zurück, wo sie immer wieder menschenunwürdiger Behandlung ausgesetzt sind. Wenn sie Glück haben, werden sie über Niger in andere Länder humanitär umgesiedelt – und gelangen dann über diesen Weg doch in sichere Länder. Die Kontingente sind aber klein und die Verfahren langwierig.

Notwendig wären wirkliche Bemühungen um staatliche europäische Seenotrettung, Regelungen zum Zugang zu Häfen und transparente und schnelle Verfahren. Zur Not auch zunächst nur mit den EU-Staaten, die dazu bereit sind.

## Flickenteppich europäische Migrationspolitik

Während die EU-Staaten weiterhin um die Reform des gemeinsamen Asylsystems sowie des Verteilungsmechanismus ringen, handeln Deutschland und andere Mitgliedstaaten in den letzten Jahren reihenweise bilaterale Abkommen und Migrations-Partnerschaften mit einzelnen Ländern Afrikas aus. Dazu kommt noch der Prozess um die beiden Globalen Pakte zu Migration und Flucht. So ist aus der Vielzahl von Initiativen ein internationaler Flickenteppich entstanden. Migrationsforscher haben mehrfach ihre Befürchtungen geäußert, dass dies die lange erkämpften internationalen Schutzmechanismen aushöhlt.

Zur solidarischen Verteilung von Geflüchteten gibt es dabei immer wieder interessante Ansätze. Ein Beispiel ist die Initiative der Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan, die von den Kommunen her denkt. Wenn Städte und Kreise sich vor Ort dafür entscheiden Menschen aufzunehmen, so könnten sie nach diesem Modell aus einem europäischen Topf Geld erhalten, das nicht nur der Versorgung der Geflüchteten dient, sondern auch der Entwicklung der Kommune. In den Projekten der Entwicklungszusammenarbeit ist dieser Grundsatz längst verinnerlicht: Geflüchtete immer gemeinsam mit den aufnehmenden Gemeinden zu fördern.

## Europäische Abschottung auf Kosten der Entwicklungspotentiale Afrikas?

Afrika wiederum ist für Europa und Deutschland durch die gesamte Debatte politisch wichtiger geworden. Dennoch übt die EU starken Druck – etwa auf Nordafrika – aus, bei der Rücknahme von MigrantInnen zu kooperieren. Immer wieder hat man Anreize für Aufnahmelager und Ausschiffungsplattformen in Aussicht gestellt, aber diese sind für die afrikanischen Regierungen wenig attraktiv und oft in der eigenen Bevölkerung nicht vermittelbar.

Die Afrikanische Union verfolgt schon länger eine Politik der zunehmenden Freizügigkeit auf dem Kontinent – wie beschlossen in ihrer Agenda 2063. Zeitgleich werden überall grenzverstärkende Maßnahmen mit Hilfe der EU ausgebaut und stärkere Kontrollen gefordert – ein Teil sogar aus Entwicklungsgeldern.

Die alltägliche Migration zwischen afrikanischen Ländern ist mittlerweile nicht mehr in dem Maße möglich wie zuvor. Das lässt Entwicklungspotentiale vor Ort ungenutzt. Zudem wird von europäischer Seite in Afrika mit Regierungen zusammengearbeitet, die selbst einen höchst zweifelhaften Hintergrund haben – im Sudan, im Tschad oder auch in Ägypten. Wenn Europa für alle sichtbar die



eigenen Interessen über Menschenrechtsstandards und Gute Regierungsführung stellt, verliert es an Glaubwürdigkeit – gerade bei der Zivilgesellschaft vor Ort und lässt diese somit mit ihren Problemen allein.

Es gibt viele Stimmen aus der afrikanischen Zivilgesellschaft, auch von MISEREOR-Partnern, die ein starkes Engagement für Gute Regierungsführung der gesamten europäischen Kooperation mit Afrika einfordern. Nicht als eine Aufgabe von außen, sondern von ihren Regierungen selbst. Wenn aber die EU fragwürdige Regime stützt oder Erkenntnissen über Schwarzgeld von Regierenden auf Konten außerhalb des Kontinents nicht nachgeht, bleibt die Glaubwürdigkeit einer neuen Afrikapolitik eine leere Hülle und die Anstrengungen der lokalen Zivilgesellschaft werden konterkariert.

## Europa muss sich den grundlegenden Migrationsursachen stellen

In den letzten Jahren hat eine zunehmende Vermischung verschiedener Politikfelder mit der europäischen Migrationspolitik stattgefunden – unter anderem wurde die Entwicklungspolitik als eine Art Hebel für die Kooperationsbereitschaft von einzelnen Ländern gesehen. Andere Politikbereiche zum Druckmittel für Erfolge in der Migrationspolitik zu machen, ist dabei wenig nachhaltig.

Wer den Diskurs zur Beschäftigung mit den Migrationsursachen ernst nimmt, der muss genau umgekehrt handeln und gestaltend auf die geteilten Herausforderungen aller Kontinente reagieren. Das heißt, sich den Fragen des Klimawandels zu stellen, faire Handelsbedingungen über Kontinente hinweg in den Blick zu nehmen, Straflosigkeit lokaler Eliten und Steuervermeidung zu bekämpfen, Menschenrechte und Zivilgesellschaft zu stärken, Rüstungsexporte zu regulieren. Kurz: Fragen globaler Gerechtigkeit offensiv angehen.



*Jonas Wipfler ist politischer Referent für Flucht und Migration beim Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR, welches nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe Projekte in Asien, Afrika, Ozeanien und Lateinamerika unterstützt.*

# Landwirtschaft wieder den gesellschaftlichen Bedürfnissen anpassen

Ottmar Ilchmann, AbL Niedersachsen

*Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union ist seit der ersten großen Reform 1992 darauf ausgerichtet, die Weltmarktfähigkeit der europäischen Landwirtschaft auszubauen. Als geeignete Mittel werden dabei Liberalisierung und Deregulierung betrachtet. Jüngstes Beispiel dafür ist der Wegfall der Milchquote vor vier Jahren, die 31 Jahre lang den Milchmarkt in Europa reglementiert, aber auch stabilisiert hat. Große Agrarbetriebe, die durch die pauschalen Flächenzahlungen begünstigt werden, Verarbeiter wie Schlachtkonzerne und Molkereien und nicht zuletzt internationale Handelskonzerne begrüßen diese Politik. Schließlich stagniert die Bevölkerung in der EU, so dass die Nahrungsmittelindustrie für sich in Europa langfristig keine ausreichenden Wachstumsmöglichkeiten mehr sieht. Deshalb nimmt man die ständig wachsende Weltbevölkerung als Absatzmarkt in den Blick.*



## Fatale Weltmarktorientierung

Viele Länder des Globalen Südens mussten bereits unter dem Druck der Verhandlungen der World Trade Organisation (WTO) sowie im Rahmen bilateraler Handelsabkommen mit Europa eine Öffnung ihrer Märkte zulassen. Weitere Freihandelsabkommen sollen folgen. Diese Märkte sind ein Ventil für den Export europäischer Agrarüberschüsse. Die Abkommen begünstigen somit vor allem die Agrar- und Ernährungsindustrie und schädigen bäuerliche sowie regionale (Vermarktungs-) Strukturen in den Exportzielländern.

Gleichzeitig kaufen Konzerne weltweit Agrarrohstoffe zu Preisen unter der Existenzsicherung ein. Oder sie pachten bzw. kaufen gleich direkt das Land und produzieren dann die benötigten Rohstoffe selbst. Zumeist geschieht dies auf Kosten der Umwelt, des Klimas, einer menschenwürdigen Arbeit und der dringend notwendigen Entwicklung der Volkswirtschaften in den Ländern des Globalen Südens.

## Auch europäische Landwirte profitieren kaum

Die unbestreitbaren Erfolge der deutschen Ernährungsbranche auf dem Weltmarkt fußen also auf Dumping und der Ausbeutung in Ländern des Globalen Südens. Aber profitieren denn wenigstens die deutschen und europäischen Landwirte von diesen Chancen auf den Weltmärkten, wie man es ihnen immer wieder in Aussicht stellt? Natürlich nicht, denn der Weltmarktpreis ist auch für Bäuerinnen und Bauern in Deutschland und Europa fast nie kostendeckend, weil gravierende Wettbewerbsnachteile bestehen. Das beginnt schon bei den klimatischen Bedingungen, setzt sich fort über gesetzliche Einschränkungen wie Tierschutz- und Umweltauflagen und endet bei höheren Lohn- und Sozialkosten. Andere Weltregionen können immer noch billiger produzieren, selbst unter Berücksichtigung des Wettbewerbsvorteils durch die EU-Direktzahlungen. Das führt dazu, dass Landwirtinnen und Landwirte in der EU dem Weltmarktpreis ständig „hinterherhecheln“. Sie versuchen, Kosten zu senken, und zwar durch Intensivierung, Rationalisierung und Lohndumping. Nicht zuletzt kommt es häufig zur Selbstausbeutung der Landwirte und vor allem ihrer Familienangehörigen. Wer da nicht mehr mitmachen kann oder will, schließt seinen Hof, immer nach der Devise „Wachse oder Weiche“.

## Bäuerliche Existenzen weltweit unter Druck

Die Weltmarktorientierung und der damit einhergehende Kostendruck verursachen somit eine Vielzahl von Problemen, die durch die Intensivierung und das Ausnutzen jeder Einsparmöglichkeit entstehen. All diese Belastungen führen nicht nur ökologisch und ökonomisch in eine Sackgasse, sie lassen auch die Akzeptanz der Landwirtschaft in der Bevölkerung zunehmend schwinden. Landwirtschaft muss aber gesellschaftsverträglich bleiben. Auf die Dauer lässt sich eine Produktion von Lebensmitteln mit Methoden, die ein Großteil der Bürger\*innen ablehnt, nicht aufrechterhalten. Und den Steuerzahler\*innen fehlt erst recht das Verständnis dafür, diese Art von Produktion auch noch durch Direktzahlungen zu unterstützen.

Die Weltmarktausrichtung der europäischen Agrarpolitik mag also großen Verarbeitungs- und Vermarktungskonzernen nützen, für die Bäuerinnen und Bauern in Europa und im Globalen Süden bietet sie keine Perspektive. Überspitzt formuliert: die Konzerne errichten weltweit ihre Imperien auf den Trümmern bäuerlicher Existenzen.

## Richtungswechsel in der europäischen Agrarpolitik erforderlich

Wie kommen wir aus dieser Zwickmühle zwischen Billigproduktion und Gewinnmaximierung einerseits und den Ansprüchen der Gesellschaft nach einer nachhaltigen Landwirtschaft andererseits heraus? Das System stößt an seine Grenzen, ein „Weiter so!“ würde letztendlich zum Verschwinden der Familienbetriebe und zu einer vollkommen industrialisierten Landwirtschaft führen. Deshalb ist ein Richtungswechsel notwendig. Es muss wieder heißen: „Klasse statt Masse!“

So wie viele Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft durch falsche politische Weichenstellungen in der Vergangenheit ausgelöst wurden, so müssen sie durch eine Neuausrichtung der deutschen und europäischen Agrarpolitik korrigiert werden.

Die anstehende GAP-Reform 2020 muß genutzt werden, um die Landwirtschaft der Europäischen Union wieder stärker den gesellschaftlichen Erwartungen bezüglich Lebensmitteln und Gesundheit sowie beim Umwelt- und Klimaschutz anzupassen. Dazu bedarf es einer Abkehr von der Weltmarktorientierung, einer Stärkung der Marktordnung zur Vermeidung von Überschussproduktion und nicht zuletzt einer Umverteilung der europäischen Direktzahlungen.

Die EU muss zudem aufhören, mit ihrer Politik die eigene Entwicklungszusammenarbeit zu konterkarieren. Es braucht eine Kohärenz in der europäischen Politik: außen-, landwirtschafts- oder handelspolitische Entscheidungen der EU dürfen nicht entwicklungspolitischen Zielsetzungen zuwiderlaufen. So führen etwa Infrastrukturmaßnahmen oder der Aufbau von regionalen Märkten ins Nichts, wenn gleichzeitig Billigimporte aus der EU verstärkt auf eben diese Märkte drängen.

## Nicht billig, sondern hochwertig

Die europäische Landwirtschaft sollte nicht die Produktion billiger Rohstoffe anstreben, sondern die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel. Eine klima- und umweltschonende, das Tierwohl verbessernde, Sozialstandards einhaltende und entwicklungspolitische Aspekte berücksichtigende Landwirtschaft muss daher stärker gefördert werden.

Deshalb sollten die Wähler\*innen bei der anstehenden Europawahl sehr genau die Positionen der Parteien zur gemeinsamen Agrar- und zur Entwicklungspolitik prüfen und ein starkes Zeichen setzen für Bauernhöfe statt Agrarfabriken, für eine wahrhaftig nachhaltige Landwirtschaft mit einer auf Ressourcenerhalt, Kreislaufwirtschaft und Generationendenken ausgerichteten Wirtschaftsweise zum Wohle aller.



**Ottmar Ilchmann** ist Milchbauer und Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL). Zusammen mit dem VEN engagiert sich der niedersächsische Landesverband der AbL im Agrarbündnis Niedersachsen.

# FLEISCHLAND NIEDERSACHSEN

Niedersachsen ist stolz darauf, Deutschlands „Agrarland Nr. 1“ zu sein. Gerade im Nordwesten sind Wachstum, Spezialisierung und Intensivierung besonders auf die Spitze getrieben worden. Begünstigt durch die kurze Entfernung zu Häfen wie Brake und Oldenburg hat sich mit Hilfe billiger Importfuttermittel eine regelrechte Mastindustrie entwickelt.

Zwei Drittel der Masthühner und ein Drittel der Schweine in Deutschland kommen aus hiesigen Ställen. Aber auch die Milcherzeugung hat seit dem Quotenende noch einmal kräftig zugelegt.

Parallel zu dieser intensiven Erzeugung hat sich im vor- und nachgelagerten Bereich mit Futtermittelherstellern und –händlern, Land- und Stalltechnikkonzernen, Schlachtbetrieben, Großmolkereien und Vermarktungskonzernen eine mächtige Agrarindustrie entwickelt. Diese ist für Niedersachsen durchaus systemrelevant und nimmt auf die Politik massiven Einfluss.

Um noch mehr und immer billiger produzieren zu können, werden in Schlachthöfen im Oldenburger Münsterland Arbeitskräfte aus Südosteuropa, aber auch zunehmend Migrant\*innen aus aller Welt in einem perfiden Werkvertragssystem beschäftigt und geradezu verschlissen.

Die Überschüsse dieser Intensivproduktion – Hähnchenkleinteile, weniger edle Teile vom Schwein – wie auch Milchpulver werden, wiederum begünstigt durch die Hafennähe, in Drittländer exportiert.

Dieses Geschäftsmodell wird dann noch moralisch überhöht mit der Verantwortung für die Welternährung, bis hin zu absurden Slogans wie „Das Emsland ernährt die Welt“



# „Es existiert eine europäische Verantwortung“

Vom südlichen Bolivien über Paraguay bis zum Norden Argentiniens erstrecken sich die Wälder und Savannen der Region Gran Chaco, nach dem Amazonas das zweitgrößte Ökosystem des Kontinents. Laut der US-Umweltschutzorganisation Mighty Earth geht weltweit in keinem anderen Gebiet die Umwandlung von Wald in Äcker rasanter voran als hier. In Paraguay, dem weltweit viertgrößten Sojaexporteur, sind nun auch zunehmend die Savannen des trockenen Gran Chaco im Osten betroffen. Über die Auswirkungen dieser Entwicklung sprachen wir mit Marielle Palau von BASE IS aus Paraguay.

### **Frau Palau, inwieweit hat sich durch den Soja-Anbau die Art der Landwirtschaft in Paraguay verändert?**

Marielle Palau: Zwischen den Jahren 2002 und 2016 sind die agroindustriellen Nutzflächen von ca. 2.354.000 ha auf ca. 5.146.000 ha gestiegen, also ein Wachstum von 118%. Mit den kleinbäuerlichen Flächen ist es umgekehrt. Sie verzeichneten einen Rückgang von 52% und fielen von ca. 685.000 ha auf ca. 330.000 ha. Insgesamt werden damit mittlerweile 54% der landwirtschaftlich genutzten Fläche agroindustriell bewirtschaftet. Dabei ist die Situation wie folgt: nur 6% der gesamten Nutzfläche wird für die Nahrungproduktion genutzt und 94% dienen dem Anbau von Exportprodukten. Der Vormarsch der agroindustriellen Landwirtschaft geht dabei über kleinbäuerliche Landflächen und indigene Territorien. Auch die Wälder der Berge werden abgeholzt.

### **Was heißt das genau?**

Diese Situation, aufgeladen mit Gewalt und der Missachtung von Menschenrechten, meist gegenüber den kleinen Gemeinden sowie den Bauern- und Indigenenverbänden hat gravierende Konsequenzen. Die Armut steigt dadurch, dass illegale Besprühung mit Pestiziden in der agroindustriellen Landwirtschaft auch die kleinbäuerliche Produktion beeinflusst, und dadurch auch keine Arbeitsplätze generiert werden. Dabei ist zu beachten, dass in der kleinbäuerlichen Produktion auf einen Hektar Land mindestens fünf Arbeiter kommen, während in der agroindustriellen Landwirtschaft auf 500 Hektar nur eine Person kommt. Extreme Armut in ländlichen Regionen betraf im Jahre 2003 10,7% der Bevölkerung, im Jahr 2016 ist sie auf 12% gestiegen.

Dieses Produktionssystem beeinflusst auch das Recht auf Ernährung negativ, indem jedes Jahr weniger Nahrungsmittel für die Bevölkerung angebaut werden, sodass der Import von Nahrungsmitteln steigt. 2013 hat Paraguay 374.000 Tonnen Nahrungsmittel importiert und 2017 waren es schon fast 425.000 Tonnen. Für die Menschen bedeutet das, dass sie immer mehr für ihre Nahrung ausgeben müssen.

### **Aus Argentinien und Brasilien wissen wir, dass mittlerweile fast ausschließlich transgenetisches Saatgut zum Einsatz kommt. Wie sieht es in Paraguay aus?**

In Paraguay wird hauptsächlich Soja angebaut, drei der Soja-Sorten (zwei von Monsanto und eine von BASF) wurden als genverändertes Saatgut genehmigt. Außerdem gibt es 19 genehmigte



Auch in Paraguay frisst der Anbau von Soja immer mehr Wälder: Wo in den 1990er Jahren noch artenreicher Wald stand, wächst es heute in riesigen Monokulturen. Und wird dann als Futtermittel auch für die hiesige Fleischindustrie exportiert.

Sorten von genverändertem Mais und sechs Arten Baumwolle. Das impliziert den Gebrauch von Pestiziden. 2017 importierte Paraguay 6,2% der weltweiten Pestizid-Produktion, hauptsächlich Glyphosat, aber auch der Import und der Gebrauch von Dicamba, Glyphosat-Ammonium, Paraquat und 2,4-D steigt stetig. Allein während des Anbauzyklus 2016 - 2017 wurden durchschnittlich 8,9 Liter Pestizid pro Hektar eingesetzt.

#### Die WHO hat 2015 Glyphosat ja als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft. Wie sieht es derzeit mit gesundheitlichen Folgen aus?

Es existieren direkte Indizien, dass die Gesundheit der gesamten Bevölkerung, sowohl ländlich als auch urban, in Gefahr ist. Aus den Statistiken des Gesundheitsministeriums geht hervor, dass Krebserkrankungen steigen: im Jahr 2012 betrug die Rate 60,1 Erkrankte pro 100.000 Personen und stieg auf 65 im Jahr 2017. Das gleiche passierte mit der Kindersterblichkeit durch Missbildungen, sie stieg von 3,5 auf 4,7 pro 1.000 Lebendgeburten, genau wie es Dr. Ramón Fogel (*renomierter Wissenschaftler in Paraguay, Anm. d. Red.*) bereits in seinem im Dezember 2018 veröffentlichten Artikel „Con la Soja al cuello“ angedeutet hat.

#### Welche Rolle spielt Europa bei dieser Entwicklung?

Das Wachstum der agroindustriellen Landwirtschaft in Paraguay und anderen Ländern des Globalen Südens ist vor allem geknüpft an die Nachfrage der Industrienationen des Globalen Nordens, unter denen Europa eine wichtige Position einnimmt. 30% der Soja-Ernte in Paraguay werden von Deutschland, Spanien, Italien, Portugal, Polen und dem Vereinigten Königreich importiert. Außerdem profitieren europäische Großkonzerne am stärksten von dieser Entwicklung. Beispielsweise Bayer/Monsanto aus Deutschland, die schweizer Syngenta und Dreyfus aus Frankreich, um nur die wichtigsten zu nennen.

#### Wie ist dabei die europäische Handels- und Agrarpolitik zu bewerten?

Es existiert eine europäische Verantwortung für die Sozial- und Umweltkosten bei der agroindustriellen Landwirtschaftsproduktion, vor allem weil die Agrarpolitik der EU durchgehend die Expansion der agroindustriellen Landwirtschaft gefördert hat. Und zwar auf Kosten der kleinbäuerlichen Produktion, obwohl die ETC Group (internationale „Action Group on Erosion, Technology and Concentration“, Anm. d. Red.) und die UN-FAO darauf hinweisen, dass die

kleinbäuerliche Produktion 70% der Weltbevölkerung ernährt, dabei aber nur 25% der Ressourcen benötigt. Diese Situation wird sich laut der Mercosur-Vereinbarung zuspitzen.

#### Welche Politik bzw. welche Maßnahmen der EU sind notwendig, um eine menschlichere und umweltfreundlichere Produktion in Paraguay zu gewährleisten?

Das Modell der agroindustriellen Landwirtschaft impliziert eine Zerstörung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und Biodiversität. Daher ist es unumgänglich sie aufzugeben und eine globale Politik zu schaffen, die kleinbäuerliche Landwirtschaft und deren Wertschöpfungskette unterstützt. Dabei muss sie auf Agroökologie und nationale Ernährungshoheit setzen. Außerdem wirkt sich eine Produktion von qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln positiv auf die Umkehrung der globalen Erwärmung des Planeten aus. Selbstverständlich ist es eine schwierige Aufgabe, doch genauso wird die Lösung dieser Aufgabe dringend benötigt, um das politische Umfeld zu schaffen, welches eine radikale Abkehr von den bisher angepriesenen Standards ermöglicht.



**Marielle Palau** ist die Koordinatorin von BASE Investigación Sociales, einer Non-Profit Organisation mit Sitz in Asunción, der Hauptstadt Paraguays. BASE IS leistet wichtige Forschungs- und Dokumentationsarbeit zur Problematik des Soja-anbaus in Paraguay und arbeitet dafür eng mit Basisorganisationen auf dem Lande zusammen.

#### FRAGE AN DIE KANDIDAT\*INNEN:

Wie wollen Sie die negativen Auswirkungen unserer hiesigen Fleischindustrie auf den Globalen Süden verringern?



# Mutiger Aufbruch in der Klimapolitik notwendig

Sven Harmeling, CARE Deutschland

*Hunderttausende Schüler\*innen und Erwachsene sind seit Beginn dieses Jahres als Teil der Bewegung „Fridays for Future“ auch in Europa auf den Straßen, um in ihren jeweiligen Ländern, aber auch mit Blick auf die EU insgesamt, mehr Klimaschutz einzufordern. Denn die massiven negativen Folgen des Klimawandels, die die Menschheit als Konsequenz der Verbrennung fossiler Energien zunehmend erlebt, schlagen immer stärker zu - durch Hitzewellen, Dürren, extremere Starkregen oder Stürme, oder auch durch den Anstieg des Meeresspiegel.*



## Europas besondere Verantwortung

Im Kampf gegen den Klimawandel stehen die EU-Mitgliedsstaaten als ein Hauptverursacher doppelt in der Pflicht: Sie müssen ihre Treibhausgase reduzieren und die Menschen im Globalen Süden, die besonders unter den Folgen des Klimawandels leiden, stärker unterstützen.

Insbesondere die Länder des Globalen Südens und dort die ärmsten Menschen sind gegenüber den Folgen besonders vulnerabel. Dies zeigen auch immer wieder Katastrophen wie der Zyklon Idai, der jüngst Mosambik, Simbabwe und Malawi heimgesucht und großes menschliches Leid gebracht hat.

Die EU ist eine zentrale Unterstützerin internationaler Klimapolitik und hat maßgeblich das Paris-Abkommen, das wichtigste internationale Rahmenwerk zur Bekämpfung des Klimawandels, mitgestaltet. Gerade auch angesichts der klimapolitischen Verweigerungshaltung der US-Regierung kommt der EU nun eine besondere Verantwortung zu. Zusammen mit den über 180 anderen Ländern, die das Paris-Abkommen ratifiziert haben, und Tausenden von nicht-staatlichen Akteur\*innen gilt es nun den dringend notwendigen Kurswechsel zu langfristig klimaneutralen Gesellschaften zu beschleunigen und die Klimaresilienz auch der ärmsten Bürger\*innen sicherstellen.

## Klimaneutralität in Europa nicht erst 2050 erreichen

Im Rahmen des Pariser Klimaabkommens hat sich die EU das Ziel gesetzt, bis 2030 die Emissionen an Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 um mindestens 40% zu reduzieren. Durch jüngste Beschlüsse des Europäischen Parlaments und einiger Mitgliedsstaaten zu Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz kann bereits eine Verringerung um 45% erreicht werden. Doch selbst eine Verringerung um 55%, wie es das Europäische Parlament fordert, ist nach Einschätzung von Expert\*innen nicht ausreichend, um den globalen Temperaturanstieg auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen.

Um dieses Ziel nicht zu verfehlen, fordert das europäische NRO-Netzwerk Climate Action Network Europe, sollte die EU ihr eigenes Klimaschutzziel für 2030 auf mindestens 65% Verringerung erhöhen. Zudem sollte sie ihre langfristige Strategie an dem Ziel der Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2040 ausrichten. Eine stärkere Nutzung der Erneuerbaren Energien hin zu 100% und mehr Klimaschutz in anderen Bereichen sind zwingend notwendig. Eine derartige Erhöhung der Klimaziele bis 2020 wäre ein starkes Signal der EU im Kampf gegen den Klimawandel.

## Klimafinanzierung durch innovative Finanzierungsmodelle sichern und ausbauen

Beim UN-Klimagipfel in Kopenhagen Ende 2009 haben die Industrieländer zugesagt, die internationale Klimafinanzierung bis 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr anzuheben. Diese wichtige Verpflichtung ist auch im Pariser Klimaabkommen und in den UN-Nachhaltigkeitszielen fest verankert. Allerdings werden die tatsächlichen Kosten allein für die Anpassung an den Klimawandel in den Ländern des Globalen Südens mit jährlich bis zu 300 Milliarden US-Dollar deutlich höher ausfallen.

### FRAGE AN DIE KANDIDAT\*INNEN:



Wie wollen Sie dazu beitragen, dass die Forderung des jetzigen Europaparlamentes, Europa bereits 2040 klimaneutral zu machen, umgesetzt wird?

Die EU-Institutionen haben sich nach Japan mittlerweile zum größten Geldgeber für Klimaanpassung im Globalen Süden entwickelt, gefolgt von Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Einer Studie von CARE von September 2018 zufolge, die Daten der OECD analysiert hat, betrug die Anpassungsfinanzierung der EU-Institutionen etwa 4 Milliarden US-Dollar im Jahr 2016.

Es ist besonders wichtig, dass Entwicklungsprojekte, auch im Klimabereich, die Geschlechtergerechtigkeit befördern, um strukturelle Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen. Gerade Frauen sind in vielen Ländern besonders verletzlich gegenüber den Folgen des Klimawandels. Sie sind aber auch für viele Haushalte zentrale Akteurinnen bei der Einkommensschaffung, Nahrungsmittel- und Familienversorgung, die der Klimawandel vielfach zusätzlich erschwert.

Insgesamt sollte die EU ihren Beitrag zur Klimafinanzierung weiter erhöhen. Die Haushalte für die Jahre 2021 - 27 sollten sich konsequent an den vereinbarten Klimazielen und an den Maßnahmen der notwendigen Anpassung insbesondere für die ärmsten Länder ausrichten.

Somit würde sie auch eine klimafreundliche wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen sollten neue Finanzquellen wie z.B. Abgaben auf die Produzenten von fossilen Energien sowie den Flug- und Schiffsverkehr erschlossen werden. Klimaschädliche Subventionen für fossile Energien sind gänzlich abzuschaffen.

## EU-Parlament als klimapolitischen Motor stärken

Das EU-Parlament hat sich in den letzten Jahren in einer Reihe von Bereichen als klimapolitischer Motor der EU entwickelt und sticht in der Regel als ambitioniertester Akteur gegenüber der EU-Kommission und den nationalen Regierungen heraus.

So hat sich das Parlament neben den höheren Verminderungszielen bei den Treibhausgasen in den Verhandlungen für das Budget 2021 - 27 dafür ausgesprochen, 45% davon für Klima- und Umweltmaßnahmen bereitzustellen. Das käme auch der Berücksichtigung von Klimaaspekten in der Entwicklungszusammenarbeit zugute.

Die EU-Kommission und die meisten Mitgliedsstaaten plädieren lediglich für 25%, was ein vollkommen unzureichender, viel zu kleiner Schritt wäre. Zudem unterstützten die Parlamentarier\*innen 2018 in einer Resolution vor der UN-Klimakonferenz in Kattowitz den Ansatz, durch innovative Finanzquellen mehr Ressourcen zu generieren, um die Länder des Globalen Südens beim Umgang mit den nicht vermeidbaren Klimaschäden zu unterstützen.

Daher ist es besonders wichtig, die Wahlen zum Europaparlament als Absage an alle Parteien zu nutzen, die die Notwendigkeit eines ambitionierten Klimaschutzes infrage stellen. Dies sind gerade auch die eher rechts außen verorteten, europaskeptischen oder sogar -feindlichen Parteien. Doch der

Klimaschutz braucht Europa. Und Europa ein starkes EU-Parlament. Denn es wird auch in Zukunft eine treibende Rolle dabei spielen müssen, die EU-Kommission und die Regierungen der Mitgliedsstaaten zu mehr Klimaschutz zu bringen.



**Sven Harmling** ist Sprecher der AG Klima bei VENRO und klimapolitischer Koordinator von CARE Deutschland, das mit seinen Entwicklungsprojekte vor allem Frauen und Mädchen fördert. Wie der VEN ist auch CARE Mitglied bei VENRO, dem Bundesverband entwicklungspolitischer und humanitärer NGOs.

## INTERVIEW MIT VITUMBIKO CHINOKO, MALAWI

# „Klimapolitische Maßnahmen der EU sind unzureichend“

Im südostafrikanischen Binnenstaat Malawi leben achtzig Prozent der etwa 19 Millionen Einwohner\*innen von der Landwirtschaft. Nicht erst seit dem Wirbelsturm Idai, der im März auch in Malawi zu großflächiger Zerstörung führte, spüren die Menschen in Ostafrika die Folgen des Klimawandels: Regen fällt zu spät, gar nicht oder wie bei Idai sintflutartig, die Ernten werden somit unberechenbar und der große Malawisee, die fast 600 km lange Lebensader Malawis, verlandet seit Jahren. Ein Gespräch mit Vitumbiko Chinoko aus Malawi.

### Herr Chinoko, wie wirkt sich die Europäische Klimapolitik auf Ihr Land und die dort lebenden Menschen aus?

*Vitumbiko Chinoko:* Im Vergleich zu anderen Bereichen, etwa bei den Menschenrechten, der nachhaltigen Entwicklung und bei der Beachtung der Rechtsstaatlichkeit, sind die klimapolitischen Maßnahmen unzureichend. Besonders was die Finanzierung der Anpassung an die Klimaveränderungen und ihre eigenen Bemühungen der Emissionsreduktion betrifft. Die EU fährt weiter damit fort, ihr Potential unter Einfluss der globalen Politik zurückzuhalten.

### Mit welchen Folgen?

Die fehlenden Ambitionen verschärfen die Folgen des Klimawandels, wie z.B. Fluten oder Dürren im südlichen Afrika. Zurzeit gibt es Wirbelstürme in Malawi, Zimbabwe und Mosambik, die bereits viele Menschen getötet haben, viele von ihnen Frauen.

### Was sollte sich in Bezug auf die EU-Klimapolitik ändern?

Wir wünschen uns, dass die EU mehr in die Anpassung an den Klimawandel investiert, denn Programme wie Kulima und das Enhancing Community Resilience Programm in Malawi zeigten Erfolge. Dies muss innenpolitisch in Europa an starke emissionsreduzierende Ziele gekoppelt sein.

### Einzelne Mitglieder der EU, darunter auch Deutschland, haben begonnen in die Klimarisikoversicherung einzuzahlen. Wie beurteilen Sie das?

Dies ist eine Maßnahme, die die EU weiter verfolgen sollte, idealerweise als politische Gemeinschaft. Weiterhin sollte sie den Klimawandel in all ihre investitionspolitischen

Entscheidungen integrieren, sowohl innen- als auch außenpolitisch. Zu guter Letzt ist es wichtig, dass die EU bei klimapolitischen Investitionen Frauen, Mädchen und Kinder mitbedenkt. Denn sie sind steigend und unverhältnismäßig stark vom Klimawandel betroffen.

*Vitumbiko Chinoko* ist Advocacy and Partnerships Coordinator im Südlichen Afrika für CARE International, Lilongwe, Malawi.





Menschenwürdige Arbeitsbedingungen müssen überall umgesetzt werden. Über Tage und auch unter Tage, wie hier in der Goldmine Aurifera Cuatro de Enero, Peru.

## UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG

# Menschenrechte in Lieferketten verbindlich umsetzen

Claudia Saller, European Coalition for Corporate Justice (ECCJ)

Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGPs), die 2011 einstimmig in Genf angenommen wurden, verteilen in drei „Säulen“ die Rollen an den Akteur Staat und den Akteur Unternehmen. Der Staat muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit Menschenrechte geschützt werden können, wenn sie von wirtschaftlichen Akteuren bedroht werden (erste Säule). Dies soll mit einem „Smart mix“ aus verbindlichen und freiwilligen Regeln geschehen. Die Grundlage für gesetzliche Maßnahmen ist also durchaus in den UNGPs gegeben. Die zweite Säule richtet sich direkt an Unternehmen – sie sollen Menschenrechte respektieren, indem sie ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht (*human rights due diligence*) wahrnehmen. Die dritte Säule liegt wiederum im Verantwortungsbereich der Staaten, wenn es darum geht, dass Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch wirtschaftliche Aktivitäten Zugang zum Recht bekommen müssen.

Auf den von der EU angekündigten Aktionsplan, um die UNGPs auf europäischer Ebene umzusetzen, warten wir leider noch immer. Auch die Nationalen Aktionspläne (NAP), die nach den UNGPs

auf nationaler Ebene den Schutz von Menschenrechten vor kurzfristigen Profitinteressen der Konzerne festschreiben sollten, sind relativ fantasielose deskriptive Bestandsaufnahmen verschiedener freiwilliger Initiativen. Von 28 EU-Mitgliedstaaten hat nur rund die Hälfte einen solchen NAP publiziert. Im deutschen Aktionsplan gibt es immerhin ein Bekenntnis, nationale Gesetzgebung zu Sorgfaltspflichten zu erwägen, was dann im Koalitionsvertrag bekräftigt wurde.

Die Responsible Business Conduct Working Group, eine parteiübergreifende Arbeitsgruppe von Abgeordnet\*innen im Europäischen Parlament, hat nun einen „Schatten Aktionsplan“ vorgestellt. Dieser Plan soll als Arbeitsgrundlage für die neue europäische Kommission dienen, sobald sie nach den EU-Wahlen im Amt ist. Er beschreibt, wie die UNGPs auf EU-Ebene umgesetzt werden können: Von einer Sorgfaltspflichtenrichtlinie bis hin zu rechtlichen und finanziellen Unterstützungsmechanismen für Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen.

## Europa braucht eine Richtlinie für Sorgfaltspflichten

2017 trat die europäische Richtlinie zur nichtfinanziellen Berichterstattung in Kraft. Unternehmen müssen demnach u.a. ihre Risiken bezüglich möglicher negativer Auswirkungen auf Menschenrechte sowie über ihre Sorgfaltspflichten berichten.

Einige Studien belegen, dass die Unternehmensberichte weder angemessen Auskunft über die tatsächlichen Risiken im Bereich Menschenrechte geben, noch darüber, ob und wie Unternehmen diesen Risiken begegnen. Die „European Coalition for Corporate Justice“ (ECCJ) hat in einer eigenen qualitativen Studie nichtfinanzielle Berichte von vier Unternehmen - Ferrovial (Bauunternehmen), Andritz (Maschinen-Anlagebau), Anglo-American (Bergbau) sowie H&M (Bekleidung) - genauer untersucht. Dabei zeigen sich die Schwächen der Richtlinie sehr deutlich: Negative Entwicklungen werden einfach nicht erwähnt, und das müssen sie auch nicht. Auf der anderen Seite kann ein Unternehmen alle positiven Maßnahmen, die es gesetzt hat, darstellen, und so entsteht möglicherweise ein unvollständiges Bild für Investoren, die nachhaltig investieren wollen und sich an diesen Berichten orientieren.

Die Debatte hat sich seit 2014 von einer Transparenzdebatte zu einer Sorgfaltspflichtendebatte entwickelt. Unternehmen sind derzeit verpflichtet, über Sorgfaltspflichten zu berichten, sie sind aber nicht verpflichtet, sie auch wahrzunehmen!

Die EU-Kommission hat im März 2018 einen Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums herausgebracht. Er zielt darauf ab, nachhaltige Investitionen aktiv zu fördern. Der Plan sieht u.a. eine Studie vor, in der untersucht werden soll, „ob Leitungsgremien der Unternehmen möglicherweise verpflichtet werden müssen, eine Nachhaltigkeitsstrategie, einschließlich angemessener Sorgfaltspflichten in der gesamten Lieferkette, sowie messbare Nachhaltigkeitsziele auszuarbeiten und zu veröffentlichen“. Damit hat der Aktionsplan eine Tür zur Einführung von Sorgfaltspflichten entlang der gesamten Lieferkette auf europäischer Ebene geöffnet. Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans forderte sogar „durchsetzbare Regulierung“, um globale Lieferketten nachhaltig zu machen.

## Rufe nach verbindlichen Regeln werden lauter

In den letzten Jahren haben viele europäische und internationale Gremien öffentlich verbindliche Regeln zur Sorgfaltspflicht von Unternehmen empfohlen oder gefordert. Gemeinsam mit den gesetzgebenden Prozessen - z.B. in Frankreich, der Schweiz und den Niederlanden - und den bestehenden Regeln, die es u.a. für Konfliktmineralien oder den Holzhandel gibt, ergeben diese vielen Stimmen einen lautstarken Ruf. In Deutschland hat Entwicklungsminister Müller im Februar konkrete Ideen vorgestellt, wie die Menschen, die in den Lieferketten deutscher Unternehmen arbeiten, besser geschützt werden können.

Auch die Zivilgesellschaft ruft: In der Schweiz, in Luxemburg und in Finnland haben sich zivilgesellschaftliche Netzwerke gegründet, die sich gemeinsam für nationale und europäische Gesetzgebung für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht einsetzen. Einige Unternehmen haben ihre Unterstützung dieser Kampagnen erklärt. In weiteren Mitgliedstaaten bereiten NGOs ähnliche Initiativen vor.

In Deutschland haben sich bereits 2006 über 50 Organisationen aus den Bereichen Menschenrechte, Entwicklung, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie Gewerkschaften im Netzwerk Unternehmensverantwortung CorA („Corporate Accountability“) zusammengeschlossen, um gemeinsam für verbindliche Unternehmensverantwortung einzutreten.

## FRAGE AN DIE KANDIDAT\*INNEN:

Wie stellen Sie sicher, dass die EU sich konstruktiv in den Prozess eines verbindlichen UN-Abkommens zu Wirtschaft und Menschenrechte einsetzt?

Auf internationaler Ebene läuft derzeit eine Kampagne, die die Abschaffung der Investorenschutzbestimmungen sowie europäische Regelungen und ein verbindliches UN Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten (UN Treaty) fordert. Dieses Abkommen ist bereits in Verhandlung. Noch vor dem Sommer 2019 erwarten wir den zweiten offiziellen Entwurf, der als Basis für die Diskussion bei der fünften Verhandlungsrunde im Oktober in Genf dienen wird. Die offizielle Position der EU zu diesem Abkommen war von jeher skeptisch bis ablehnend, und bis zur Ernennung einer neuen Kommission nach den EU-Wahlen soll es vorerst keinerlei offizielle Beteiligung der EU an diesem Prozess mehr geben.

## Hausaufgaben für die nächsten fünf Jahre

Folgende Maßnahmen sollten in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden:

1. Die kommende EU-Kommission muss einen Aktionsplan zur Umsetzung der UNGPs erstellen und umsetzen.
2. Eine wirksame Berichtslegungspflicht muss mit einer rechtlich verbindlichen Sorgfaltspflicht einhergehen. Die Richtlinie für nichtfinanzielle Berichterstattung muss nachgeschärft und besser umgesetzt werden. Sie sollte den UNGP- Berichtsrahmen als Grundlage vorschreiben, um korrekt und umfassend über Menschenrechtsrisiken Auskunft zu geben.
3. Die UNGPs haben dem Schutz von Menschenrechten gegen schädliches unternehmerisches Handeln einen Rahmen gegeben. Nun ist es Zeit, auf dieser Basis ein verbindliches Instrument zu schaffen. Die EU sollte sich wieder aktiv in den Verhandlungsprozess für den UN Treaty einbringen. Ein solches Abkommen kann ergänzend zu nationalen und europäischen Regeln dafür sorgen, dass globale Lieferketten angemessen rechtlich abgesichert werden.

Im EU-Wahlkampf wird man viel von Europa als Wertegemeinschaft hören. Dass europäische Unternehmen für den Schutz von Menschenrechten in ihren Lieferketten verantwortlich sind, sollte ein europäischer Grundwert sein.



*Claudia Saller ist die Koordinatorin von der European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) mit Sitz in Brüssel. CorA, in dem der VEN Mitglied ist, ist eine von zehn nationalen Plattformen, die neben anderen Teil von ECCJ sind.*

# „Der UN-Treaty ist ein wichtiges Instrument“

Im Rahmen des VEN-Projektes „Mehr.Wert! - Menschenrechte in globalen Lieferketten“ reiste Akhona Mehlo, Anwältin für Wirtschaft und Menschenrechte am Centre for Applied Legal Studies in Johannesburg, im Januar 2019 zehn Tage durch Niedersachsen und informierte in mehreren Städten über die Situation der Arbeiter\*innen in den Minen Südafrikas. Mit ihr sprach Canan Barske, Eine-Welt-Promotorin in Oldenburg.

## Frau Akhona Mehlo, was hat der Abbau von Platin mit Ihrer Arbeit als Anwältin zu tun?

Akhona Mehlo: Teil meiner Bemühungen als Menschenrechtsanwältin, besonders im Programm „Wirtschaft und Menschenrechte“, ist die Arbeit mit Akteuren des Rohstoffabbaus, speziell Bergbauunternehmen. Mich beschäftigt dabei die Frage, inwieweit diese Unternehmen mit ihren Tätigkeiten die lokalen Gemeinden negativ beeinflussen. Ein Beispiel dafür ist das Marikana-Massaker, ein Bergarbeiterstreik in Südafrika gegen die Arbeits- und Lebensbedingungen des britischen Bergbauunternehmens Lonmin, welches Platin in der Umgebung abbaut. Im Zuge dieses Streiks kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei denen 34 Bergbauarbeiter getötet wurden. In meiner Arbeit repräsentiere ich unter anderem eine Frauenorganisation, die Lonmin bezüglich der Umweltschäden und niedrigen Löhne zur Rechenschaft ziehen möchte. Außerdem setze ich mich für die Umsetzung verbindlicher Verträge zwischen Unternehmen und Angestellten ein (Social and Labour Plans, kurz SLP, Anmerk. der Red.), die den Angestellten soziale Standards zu sichern, wie z.B. Infrastrukturförderungen, Verbesserung der Lebensbedingungen und Wohnraum.

## Warum berichten Sie ausgerechnet in Niedersachsen über die Problematik?

Lonmin produziert zu 80% Platinmetalle in seinen Minen. Der deutsche Chemiekonzern BASF ist Hauptabnehmer des Lonmin-Platins und kauft davon 50% zu eigenen Weiterverarbeitung (u.a. im Katalysatorenwerk in Nienburg, Anm. d. Red.). Auf Druck einiger NGOs in Deutschland hat BASF angefangen, weniger Lonmin-Platin einzukaufen. Da ist für unsere Arbeit hilfreich, da es Druck bei Lonmin aufbaut, die SLP-Umsetzung voranzutreiben. Auf der anderen Seite wurde die Lücke im Platin-Verkauf bereits wieder durch chinesische Unternehmen gefüllt. Ich appelliere daher an die deutschen NGOs, Politiker\*innen und an die Zivilgesellschaft, die Unternehmensverantwortung auch auf UN-Ebene zu fordern. Die UN-Treaty-Bewegung zur Einhaltung von Menschenrechten in globalen Wertschöpfungsketten muss unterstützt werden. Denn damit kann ein globaler Rechtsrahmen gesetzt werden, um Menschenrechtsverletzungen weltweit besser bekämpfen zu können.

## Wie sieht dieser Prozess auf UN-Ebene genau aus?

Die UN-Treaty-Bewegung ist ein Prozess, bei dem die Mitgliedsstaaten der UN zusammenkommen und gemeinsam ein global verbindliches Regelwerk aushandeln, welches die Unternehmen weltweit zu menschenrechtlicher Sorgfalt in ihren Tätigkeiten verpflichtet. Dieser Prozess ist notwendig, da wir aktuell auf UN-Ebene nur die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte haben, diese allerdings nicht bindend, sondern freiwillig sind. Der UN-Treaty ist außerdem ein wichtiges Werkzeug für Staaten, denen es durch fehlende Gesetze unmöglich ist. Oder deren Führung es nicht für notwendig hält, die Unternehmen in die Verantwortung zu ziehen.

## Welche Rolle spielen Deutschland und die EU in diesem Zusammenhang?

Die EU hat den UN-Treaty bislang nicht unterstützt. Eine starke Position Deutschlands, sich für den UN-Treaty einzusetzen, wäre eine Vorbildfunktion für die gesamte EU, der sich auch andere EU-Staaten anschließen könnten.

Eine Durchsetzung der verbindlichen Unternehmensverantwortung auf nationaler Ebene, wie es momentan in Deutschland mit dem Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte vorgenommen wird, wäre ohne UN-Treaty für deutsche Unternehmen negativ. Denn ohne UN-Rechtsrahmen im globalen Markt hätten sie gegenüber Unternehmen aus Staaten ohne gesetzliche Unternehmensverantwortung einen Wettbewerbsnachteil.

## Was kann die deutsche Zivilgesellschaft tun, um den UN-Treaty-Prozess zu unterstützen?

Um aktiv zu werden, muss sich das Bewusstsein der Bevölkerung über freiwillige Unternehmensverantwortung ändern. Wir brauchen gesetzlich verbindliche Regelwerke statt freiwillige Leitprinzipien, damit sich etwas ändert und betroffene Gemeinden davon profitieren. Sich stärker für die Achtung von Menschenrechten auf Landes- und Bundesebene zu engagieren und Politiker\*innen anzusprechen, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.



Akhona Mehlo auf einer der Dialogveranstaltungen der Begegnungsreise innerhalb des VEN-Projekts Mehr.Wert!

Das Interview entstand in Zusammenarbeit mit der Werkstatt Zukunft und ist in voller Länge unter [www.ven-nds.de](http://www.ven-nds.de) verfügbar.



Wenn es nach dem Willen der EU-Kommission geht, soll die EU bald der „wettbewerbsfähigster Wirtschaftsraum der Welt“ werden. Doch auf wessen Kosten und zu welchem Preis?

## EUROPÄISCHE HANDELPOLITIK

# Zielvorgabe: Die globale Konkurrenz aller gegen alle

Jürgen Maier, Forum Umwelt & Entwicklung

*Im Zeichen der TTIP-Kontroverse und der aktuellen Auseinandersetzungen um „Handelskriege“ stand die Handelspolitik in den letzten Jahren im Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Für Handelspolitik haben die Mitgliedsstaaten die Kompetenz an die EU übertragen, dennoch ist der Einfluss der Bundesregierung als wichtigste Wirtschaftsmacht der EU unübersehbar.*

## Neue Partnerschaftsabkommen soweit das Auge reicht

TTIP wurde vom breiten öffentlichen Widerstand in Europa – aber auch den USA – zu Fall gebracht, das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) beinahe auch. Aber die EU hat noch ca. 20 weitere Freihandelsabkommen in der Pipeline, über die teilweise bereits seit Jahrzehnten verhandelt wird, fast ausschließlich mit Ländern des Globalen Südens. Sie erregen weitaus weniger öffentliches Aufsehen, weil im Gegensatz zu TTIP klar ist: Sollten diese Abkommen realisiert werden, würden ihre Auswirkungen kaum bei uns, sondern in den jeweiligen „Partnerländern“ zu spüren sein. Verhandelt wird zurzeit mehr oder weniger intensiv mit den Mercosur-Ländern Südamerikas, Marokko, Tunesien, Mexiko, Westafrika, Ostafrika, Indien, Malaysia, Thailand, Indonesien, den Philippinen, Australien, Neuseeland und Chile. Ferner Investitionsschutzabkommen u.a. mit China sowie ein sektorales Abkommen über elektronischen Handel. Festgefahren sind die „Partnerschaftsabkommen“ mit Ost- und Westafrika.

Die Prioritäten der EU-Handelspolitik folgen weiterhin den Grundzügen einer Strategie aus dem Jahr 2006, genannt „Global Europe“. Sie war eine Reaktion auf den vielzitierten Stillstand in der WTO, der in Wirklichkeit vor allem ein erfolgreicher Widerstand der Länder des Globalen Südens gegen die kompromisslose Liberalisierungsagenda von EU und USA ist. Noch im Herbst 2015 wurden die Ziele dieser Strategie von der EU-Kommission bekräftigt. Man will sie zwar besser kommunizieren, aber nicht die Inhalte ändern.

## Die EU soll „wettbewerbsfähigster Wirtschaftsraum der Welt“ werden

Das zentrale Ziel der Global Europe-Strategie ist, die EU soll der „wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt“ werden, und wenn man das zum Ziel hat, dann ist natürlich klar: Dafür müssen die Märkte der anderen geöffnet werden, und ebenso klar ist, dass der „wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt“ dann von solchen schrankenlos offenen Märkten am meisten profitiert. „Make Europe Great Again“, so könnte man es auch nennen – aber nein, das ist natürlich kein Wirtschafts-Nationalismus, das geht ja schon deshalb nicht weil die EU keine Nation ist, aber Egoismus ist es schon.

Um die Senkung von Zöllen für Industriegüter wie Autos geht es zwar auch noch, aber die meisten Warenzölle sind in den letzten Jahrzehnten bereits sehr stark gesunken. Zentrale Themen geplanten Freihandelsabkommen sind daher andere. Praktisch bei allen geplanten Handelsabkommen geht es darum, die Dienstleistungsmärkte weiter für europäische Konzerne zu öffnen. Aldi und Lidl sollen in den indischen Einzelhandelsmarkt einsteigen können. DHL soll Pakete in Malaysia austragen können. Chile soll Post, Te-

### FRAGE AN DIE KANDIDAT\*INNEN:

Wie wollen Sie erreichen, dass die Handelsabkommen mit Ländern des Globalen Südens, insbesondere mit afrikanischen Staaten, wirklich zu deren nachhaltiger Entwicklung beitragen?



lekommunikation und Abfallsammlung liberalisieren, sprich kommerzialisieren. Die Allianz soll Versicherungen überall anbieten können. Die EU fordert, dass die Übernahme von bis zu 100% lokaler Fernseh- und Radiostationen durch ausländische Konzerne möglich wird. Ausdrücklich verlangt die EU von diesen Ländern, Bestimmungen abzuschaffen, wonach Privatisierungen etwa der kommunalen Wasserversorgung wieder rückgängig gemacht werden können.

### Globalisierung der Agrarmärkte

Ein weiterer roter Faden, der sich durch alle geplanten Abkommen zieht, ist auch die weitere Globalisierung der Agrarmärkte, ohne Rücksicht auf Verluste. Hier sind die Widerstände besonders groß, der Widerstand gegen TTIP fing bekanntlich auch mit dem Essen an. Erklärtes Ziel ist die weitere Senkung der Erzeugerpreise, und das heisst im Klartext: die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft. Denn mit diesem Preisdruck können bäuerliche Erzeuger\*innen überall auf der Welt nicht mithalten. Die Verbraucher\*innen allerdings wollen längst etwas andere: In den Supermärkten werden regionale Produkte beworben und auch die Nachfrage nach Bio steigt schneller als die eigene Produktion.

Mit ihren geplanten Freihandelsabkommen versucht die EU, Fleischmärkte in Asien und Afrika zu öffnen, um für die agrarindustrielle Überproduktion in der EU neue Märkte zu finden. Als Folge davon werden dort bäuerliche und regionale Strukturen platt gemacht. Deswegen ist der Widerstand in asiatischen Ländern gegen diese Abkommen vor allem unter den Bauern stark, weil sie diese Abkommen als das begreifen, was sie sind: eine Kampfansage an die (klein-)bäuerliche Landwirtschaft.

Umgekehrt soll mit den geplanten Freihandelsabkommen mit den Agrarexportländern Südamerikas sowie Australien und Neuseeland die europäische Landwirtschaft unter weiteren massiven Preisdruck gesetzt werden. Ein regelrechter Preiskrieg, Roulettepiel mit der Zukunft der Landwirtschaft. Anachronistisch, aber politisch gewollt von der EU-Kommission sowie Europas Regierungen von links bis rechts. Schon die russischen Sanktionen gegen die EU-Landwirtschaft haben gezeigt, welche fatalen Konsequenzen diese Weltmarktfixierung hat. Jenseits aller Umwelt- und Tierschutzargumente ist sie auch ökonomisch eine Sackgasse, aber Europas Regierungen bleiben unbeirrt bei dieser fatalen Politik.

Fester Bestandteil der EU-Handelspolitik seit 25 Jahren ist auch die Verschärfung der Saatgutgesetze, das Durchsetzen ausufernder »geistiger Eigentumsrechte« auf Saatgut und die Kriminalisierung von Bäuerinnen und Bauern, die ihre Ernte als Saatgut wiederver-

wenden statt bei Agrarkonzernen Saatgut jedes Jahr neu einzukaufen. Schön für Bayer und Monsanto, schlecht für die Bäuerinnen und Bauern.

### Hauptprofiteur Deutschland

Niemand profitiert von der Marktöffnungspolitik der EU so sehr wie die exzessiv exportabhängige Volkswirtschaft Deutschlands. Deutschland ist heute unangefochtener Exportweltmeister. 2017 lag der deutsche Handelsbilanzüberschuss bei der Rekordhöhe von über 310 Mrd. US-Dollar – mehr als die weitaus bevölkerungsreicheren Staaten China (260 Mrd. US-Dollar) oder Japan (170 Mrd. US-Dollar). Umgerechnet auf alle Einwohner Deutschlands - vom Säugling bis zum Greis - sind das pro Kopf 3.875 US-Dollar. Ein einsamer Weltrekord. Der Wert für China liegt bei gerade einmal 190 US-Dollar.

Kann so etwas dauerhaft gehen? Nein, die Widerstände wachsen allenthalben, nicht nur in den USA. Die deutschen Proklamationen, der „regelbasierte Welthandel“ sei sakrosankt, klingen außerhalb unseres Landes daher immer hohler: Regeln, die vor allem den Deutschen nutzen, verlieren eben immer mehr an Akzeptanz.

Die neoliberale Globalisierung der letzten Jahrzehnte bedient nicht nur die Interessenlage der Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr zufriedenstellend, sondern sogar auch die vieler Eliten in immer mehr Teilen der Welt immer weniger. Die Regierung in Tansania will nicht das EU-Abkommen mit Ostafrika ratifizieren, die nigerianische nicht das Abkommen mit Westafrika. Indien, Malaysia, Marokko, Tunesien bewegen sich keinen Millimeter mehr auf die EU und blockieren die Verhandlungen. Auch bei den meisten anderen Abkommen bewegt sich nicht viel.

Nirgendwo glaubt die Politik so sehr daran, die „neoliberale Globalisierung in ihrem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf“, wie im Lande des Exportweltmeisters Deutschland. Wer aber seine eigene Politik für alternativlos hält, hat in der Geschichte schon oft Schiffbruch erlitten.



**Jürgen Maier** ist der Geschäftsführer vom Forum Umwelt & Entwicklung, dem NGO Netzwerk mit Mitgliedern aus dem Umwelt- und Entwicklungsbereich. Eine der Hauptaufgaben des Forums ist es, der deutschen Öffentlichkeit den Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung zu verdeutlichen.

# EUROPA ENTWICKELN!

Zur Europawahl 2019 fordert die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland, agl, die Stärkung der Eine Welt-Themen ein. Denn Europa muss sich seiner Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung bewusst werden, die nur interdependent und global gestaltet werden kann. In einem Impuls-Papier stellt die agl daher eine Reihe von Eine Welt-Themen mit konkreten Forderungen für den jeweiligen Bereich vor. Dies ist die stark gekürzte Fassung. Die ausführliche, 24 seitige Version des Impuls-Papieres steht unter [www.agl-einewelt.de](http://www.agl-einewelt.de) zum download bereit.

## MIGRATION, DIASPORA + ENTWICKLUNG

Europäische Migrationspolitik ist zu defensiv und kurzfristig. Europa sollte sich an einem positiven und inklusiven Verständnis von Migration orientieren. Der Globale Migrationspakt (2018) und die Agenda 2030 sind Referenzrahmen, an denen sich Europa orientieren sollte.

Viele Fluchtursachen sind „Made in Europe“: Ob durch ungerechte Handelsverträge, in der Agrar- und Fischereipolitik, bei den CO2-Emmissionswerten oder bei militärischen Interventionen und Waffenexporten – Europa muss seine Verantwortung wahrnehmen.

Und: Das Problem heißt Rassismus und nicht Migration – das sollten Europapolitiker\*innen immer wieder deutlich machen. Wir brauchen ein solidarisches Europa, in dem Geflüchtete Schutz finden müssen.

- # Für eine menschenwürdige Migrationspolitik
- # Solidarisches Europa statt „Festung Europa“
- # Das Engagement der Zivilgesellschaft stärken

## KONSUM + PRODUKTION

Eine zukunftsfähige, ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung erfordert eine grundlegende Änderung unserer Wirtschaftsweise. Wir erleben wachsende soziale Ungerechtigkeiten und Kluften. Wirtschaftliche Teilhabe ist eine wesentliche Voraussetzung für politische Beteiligung. Wir brauchen eine Kehrtwende zu einer demokratisch gestalteten und am Gemeinwohl ausgerichteten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Wesentliche entwicklungspolitische Weichenstellungen werden in der EU-Handels- und Investitionspolitik vorgenommen. Anstatt die Globalisierung sozial gerecht zu gestalten, werden die Rechte von Unternehmen einseitig ausgeweitet. Wir fordern eine Handelspolitik, die sich an globaler Gerechtigkeit, Langfristigkeit und Partnerschaft orientiert.

Öffentliche Einrichtungen haben mit ihrem Einkaufsverhalten eine starke Marktmacht, die sie für die Durchsetzung und Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards nutzen können. Wir fordern, dass die Einhaltung elementarer Menschen- und Arbeitsrechte und die Zahlung existenzsichernder Löhne verbindliches Kriterium in der öffentlichen Beschaffung wird.

Die anstehende Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP, 2020) sollte konsequent den globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (Agenda2030/SDG) entsprechen. Dabei sind die Auswirkungen der Politikmaßnahmen auf Länder des Globalen Südens zu berücksichtigen. Die Reform sollte geeignete Instrumente schaffen, um Landwirtschaft und Ernährung auf regionale Kreisläufe und ökologisch verträgliche Methoden umzustellen. Die derzeitige Fokussierung auf die Steigerung der Exportmengen gerade bei Fleisch und Milch sollte überwunden werden, da diese Politik die Einkommen von Kleinbäuer\*innen in Ländern des Globalen Südens und die nachhaltige Entwicklung dieser Länder gefährdet sowie die ökologischen Probleme der Landwirtschaft in Europa verschärft.

- # Handelsabkommen gerecht gestalten – Sonderklagerechte stoppen
- # Europäische Wirtschaftsabkommen (EPAs) aussetzen und EU-AKP-Verträge entwicklungs fördernd gestalten
- # Öffentliche Beschaffung konsequent nach sozial-ökologischen Kriterien
- # Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten verbindlich verankern
- # Reform der EU-Agrarpolitik im Sinne der Agenda2030 gestalten



## Globales Lernen

Das Globale Lernen trägt dazu bei, die Zukunft friedlich und lebenswert für die eigene und für die nachfolgenden Generationen zu gestalten. Unterschiedliche internationale Bezugsrahmen stellen die Grundlage für Globales Lernen dar: Globales Lernen orientiert sich an (inter)nationalen Nachhaltigkeitskonzepten, ist über Ziel 4 in den SDGs und der Agenda 2030 festgeschrieben und ist verankert im UNESCO Global Action Programme on Education for Sustainable Development. Letzteres soll weltweit und damit auch in Deutschland einen wesentlichen Beitrag zur Agenda 2030 leisten und langfristig eine systemische Veränderung des Bildungssystems bewirken.

- # **Verankerung von Education for Sustainable Development (ESD), Global Citizenship Education (GCE), Global Learning (GL) als Bildung zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung in Europa**
- # **Education for Sustainable Development (ESD), Global Citizenship Education (GCE), Global Learning (GL) als Katalysator für gesellschaftlichen Wandel finanziell fördern**
- # **Statement für weltoffene, tolerante, demokratische Gesellschaft und eindeutige Distanzierung von nationalchauvinistischen und rechtsextremen Positionen**

## Regionale Strukturentwicklung

Weltweite Herausforderungen wie Klimawandel und soziale Ungerechtigkeit können nur gemeistert werden, wenn auf allen Ebenen ein Umdenken stattfindet – von global bis lokal. Daher kommt den Regionen eine besondere Rolle im Zuge dieser Transformation zu.

Stadt und Land sollen als Einheit fungieren, Kreislaufwirtschaft sowie kleine, mittelständische und regionale Unternehmen gefördert, Kommunen nicht zu Privatisierungen gezwungen werden. Ökologische und nachhaltige Landwirtschaft sollte stärker unterstützt und die Richtlinien für die Landwirtschaft ökologischer gestaltet und kontrolliert werden.

In Europa herrscht ein starkes Strukturgefälle zwischen den Regionen. Die voranschreitende Urbanisierung führt vielerorts zur Ausdünnung der ländlichen Gebiete. Hier fehlt es an Infrastruktur in allen Bereichen, von Arbeitsmöglichkeiten über Mobilität bis hin zu Bildungseinrichtungen. Die Kohäsionspolitik der Europäischen Union versucht diesem Trend entgegenzuwirken und Regionen zu unterstützen. Sie sollte weiter ausgebaut werden und sich an nachhaltigen Kriterien orientieren und verstärkt kleinere Akteur\*innen unterstützen.

- # **Förderung polyzentrischer Stadt- und Raumstrukturen unter nachhaltigen Gesichtspunkten**
- # **Förderung zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen in strukturschwachen Regionen**
- # **Abkommen mit Drittstaaten an oben genannten Aspekten polyzentrischer Raumplanung und regionaler Nachhaltigkeit ausrichten**

## Internationale Partnerschaften

Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich international partnerschaftlich engagieren, spielen bei der Lösung globaler Herausforderungen eine wichtige Rolle. Sie verfügen über oft langjährige Beziehungen und Kenntnisse der Lebenswelt ihrer Partner\*innen im Globalen Süden, sind erfahren in entwicklungspolitischer In- und Auslandsarbeit, identifizieren Problemstellungen und sind Vorreiter bei der Erarbeitung und Erprobung von Lösungsstrategien. Austausch und Lernprozesse sollten deutlich stärker gefördert werden.

- # **Partnerschaften und Strukturen stärken – auch finanziell**
- # **Visavergabeprozesse erleichtern, um partnerschaftliche Projekte zu ermöglichen**
- # **Abhängigkeiten stoppen und Schulden erlassen**
- # **Auseinandersetzung mit Verbrechen aus der Kolonialzeit**

## Klimaschutz + Zukunftsfähige Entwicklung

Europa hat eine global sehr wichtige Rolle für Klimaschutz sowie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels innerhalb und außerhalb der EU. Die Folgen des konsumorientierten, ressourcenintensiven Lebensstils der 500 Millionen Einwohner\*innen der EU sind in den Ländern des Globalen Südens zunehmend stärker und verheerender zu spüren. Dabei sind ambitionierte, transformative, konkrete und strategische Ansätze nach innen und nach außen notwendig, um zu einer nachhaltigen Entwicklung zu kommen. Nach innen gilt es soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu fördern und den Klimaschutz ernsthaft anzugehen. Für das versprochene Ziel im Paris-Abkommen von Netto-Null Emissionen (Treibhausgasneutralität) im Jahr 2050 sollten jetzt die Weichen gestellt und konkrete Maßnahmen rasch umgesetzt werden.

- # **Erneuerung der EU-Ziele für 2030 und 2050 und konkrete Maßnahmen zu ambitionierter Emissionsreduktion in allen Bereichen**
- # **Transformation von Infrastruktur (Stromnetze, Verkehr, Gebäude, Ausstieg Verbrennungsmotor, Industrieumbau) braucht einen konkreten Plan sowie Leuchtturmprojekte.**
- # **Auf- und Ausbau internationaler Allianzen für bessere Widerstandsfähigkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels**

*Die agl ist die Arbeitsgemeinschaft der 16 Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland. Über ihre Mitgliedsverbände erreicht sie bundesweit rund 10.000 entwicklungspolitische Initiativen, Gruppen und Vereine. Gemeinsam mit der Stiftung Nord-Süd-Brücken ist die agl Trägerin des bundesweiten Eine Welt-Promotor\*innen-Programms, von dem auch der VEN mit zehn Promotor\*innen profitiert.*

## Für ein Nachhaltiges, Faires und Solidarisches Europa

Unter diesem Titel wird auch VENRO, der Bundesverband entwicklungspolitischer und humanitärer Nichtregierungsorganisationen, ein ausführliches Positionspapier zur anstehenden Europawahl veröffentlichen. Es wird ab Mitte April unter [www.venro.org](http://www.venro.org) verfügbar sein.



# Mitmachen! Einmischen!

Am 26. Mai ist es soweit: das Europa Parlament wird neu gewählt. Bereits jetzt läuft das Werben um die Gunst der Wähler\*innen. Zeit, sich einzumischen, bei den Kandidat\*innen nachzufragen und dabei entwicklungspolitische Aspekte in die Diskussionen einzubringen. Aber auch nach bleiben wir am Ball, setzen uns für eine gerechtere Welt ein und werden die Parlamentarier\*innen in Land, Bund und Europa immer wieder an ihre globale Verantwortung erinnern.

## EPIZ

Im Herbst 2001 haben wir in Göttingen das Entwicklungspolitische Informationszentrum (EPIZ) gegründet. Seitdem arbeiten hier mehrere Vereine unter einem Dach und machen das EPIZ zur Anlauf- und Informationsstelle für entwicklungspolitische Fragen. Wir setzen auch Projekte der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit um.

Am Samstag, **18. Mai 2019**, findet unter dem Motto „Ein Europa für die Menschen - Sozialer und Demokratischer und Gerechter“ auf dem Marktplatz vor dem Alten Rathaus in Göttingen eine Kundgebung statt. Organisiert vom Göttinger Europabündnis werden auch Politiker\*innen mit einem kurzweiligen Frage/Antwort Straßenspiel zur EU-Wahl eingebunden. Die Themenauswahl treffen dabei die Teilnehmer\*innen der Kundgebung mit einem großen Würfel. Wir werden uns mit entwicklungspolitischen Fragen einmischen.

[info@epiz-goettingen.de](mailto:info@epiz-goettingen.de)  
[www.epiz-goettingen.de](http://www.epiz-goettingen.de)

## FREUNDKREIS TAMBACOUNDA

Seit unserer Gründung 1992 fördern wir Entwicklungsprojekte im westafrikanischen Senegal. Die Region Tambacounda gilt als besonders strukturschwach, die Arbeitslosigkeit ist hoch und Perspektiven dürrig. Unser erklärtes Ziel ist es daher, Bildungsprojekte zu organisieren, die den Menschen in Tambacounda neue Hoffnung geben und die Region nachhaltig stärken. Auf diesem Wege wollen wir der Abwanderung talentierter Menschen aus dem Senegal entgegen wirken. Im Dialog auf Augenhöhe haben wir gemeinsam das Bildungszentrum „Centre d’Energie Solaire, d’Hygiene et de Formation Professionnelle“ realisiert. Es gilt heute als Modellprojekt für Bildungsarbeit in der Region und als Vorzeigebildung für eine ökologische Bauweise und der Nutzung von Solarenergie. In Hannover engagieren wir uns im Bereich interkultureller Bildung, um den Menschen afrikanisches Kulturgut näher zu bringen und um ein differenziertes Afrikabild zu vermitteln.

[tambacounda@acor.de](mailto:tambacounda@acor.de)  
[www.tamba-ngo.org](http://www.tamba-ngo.org)

## ÖKUMENISCHES ZENTRUM OLDENBURG

Seit 1997 bieten wir mit dem Ökumenischen Zentrum Oldeburg einen Begegnungs- und Lernort für Menschen, die sich für eine zukunftsfähige Gesellschaft engagieren. Um das große Thema „Landwirtschaft, Hunger und Ernährung“ möglichst vielfältig und breit in die Öffentlichkeit zu tragen, haben wir Partnerschaften mit NGOs aus ganz anderen Bereichen geschlossen: Wir sind im Ernährungsrat Oldenburg aktiv, kooperieren mit der Solidarischen Landwirtschaftsbewegung und sind nicht zuletzt Teil der erfolgreichen Demo „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, auf der nahezu 1.000 zeigten Bäuerinnen und Bauern, entwicklungspolitisch Engagierte, Natur-, Tier- und Klimaschützer\*innen, Arbeitsrechtler\*innen und interessierte Verbraucher\*innen auf bunten Schildern und Bannern zeigten, was ihnen in der Landwirtschaft und bei der Produktion von Lebensmittel wichtig ist. Und was sie von der EU und Deutschland erwarten.

[info@weltladen-oldenburg.de](mailto:info@weltladen-oldenburg.de)  
[weltladen-oldenburg.de](http://weltladen-oldenburg.de)



## Ein Europa für Alle – Deine Stimme gegen Nationalismus!

Eine Woche vor der Europawahl, am 19. Mai, wird es in mehreren europäischen Ländern zeitgleich Demonstrationen für ein Europa der Menschenrechte, der Demokratie, der Vielfalt und der Solidarität geben. In Deutschland plant ein zivilgesellschaftliches Bündnis aus mehr als 60 Organisationen und Initiativen Großdemonstrationen in sieben Städten, um für eine hohe Wahlbeteiligung demokratisch gesinnter Bürger\*innen am 26. Mai zu werben. In Berlin, Frankfurt, Hamburg, Leipzig, Köln, München und Stuttgart sollen Zehntausende Menschen unter dem Motto „Ein Europa für Alle - Deine Stimme gegen Nationalismus!“ auf die Straße gehen. Weitere Informationen unter: [www.ein-europa-fuer-alle.de](http://www.ein-europa-fuer-alle.de)

### STREITVERANSTALTUNG AM EUROPATAG

Das Institut für angewandte Kulturforschung e.V. (ifak) in Göttingen feierte im letzten Jahr sein 30-jähriges Bestehen und arbeitet sowohl in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wie auch zu Migrationsthemen. Das ifak unterstützt Vernetzungsprozesse und bringt sich mit seinen Themen in Bündnisse ein.

Am Europatag, **9. Mai 2019** organisiert das ifak mit den Kritischen Wirtschaftswissenschaften Göttingen und dem Club Quer eine Streitveranstaltung über europäische Handels-, Friedens- und Flüchtlingspolitik. Sechs Menschen aus Politik, Kultur und Wissenschaft, darunter Kandidat\*innen für das Europaparlament, sind eingeladen, um kontroverse Positionen auszutauschen. Und auch das Publikum kann sich einbringen.

[info@ifak-goettingen.de](mailto:info@ifak-goettingen.de)  
[www.ifak-goettingen.de](http://www.ifak-goettingen.de)

### ONLINE-MITMACH-AKTION

Mit ihrer Online-Aktion zur Europawahl fordert Oxfam die deutschen Spitzenkandidat\*innen auf, sich mit 6 Versprechen u.a. zu sozialer Absicherung, Gleichberechtigung, Bildung, Unternehmensverantwortung und Steuerflucht für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen, in Europa und weltweit.

[www.oxfam.de](http://www.oxfam.de)

### WAHLPRÜFSTEINE

Wie denken die Kandidat\*innen über Waffenexporte und was planen sie, dagegen zu unternehmen? Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ hat Wahlprüfsteine zum Thema Waffenexporte erarbeitet. So können Sie Ihre Kandidat\*innen direkt zu diesem Thema befragen – zum Beispiel im persönlichen Gespräch, auf Wahlveranstaltungen oder schriftlich mit Bitte um Stellungnahme.

[www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de)

### FAIRHANDELS-KAMPAGNE

Mit der 2015 gestarteten Kampagne „Mensch. Macht. Handel. Fair.“ fordern die Weltläden gemeinsam mit dem Forum Fairer Handel von der deutschen Bundesregierung ein Gesetz, das deutsche Unternehmen verpflichtet, Menschenrechte entlang ihrer gesamten Lieferkette zu achten und das sie für Verstöße haftbar macht.

Am diesjährigen Weltladentag am **11. Mai 2019** kommen kreative und interaktive Aktionsmaterialien zum Einsatz: statt der sonst üblichen Infotische, werden die Weltläden die Passant\*innen u.a. mit großflächigen Bodenzeitungen und Bodenplakaten neugierig machen und zum diskutieren einladen. Auch in Niedersachsen werden sich wieder Weltläden beteiligen. Unter anderem in Lingen, Nordhorn, Wilsum und Ganderkesee. Achten Sie auch in Ihrer Region auf lokale Ankündigungen!

[www.forum-fairer-handel.de](http://www.forum-fairer-handel.de)

Bodenplakate lassen sich natürlich auch bei anderen Anlässen, etwa beim EU-Wahlkampf, einsetzen. Tipps zum Selbermachen gibt es hier:

[www.kreativisten.org](http://www.kreativisten.org)  
[www.nafroth.com](http://www.nafroth.com)



**Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen** ist ein Zusammenschluss von über 140 Eine Welt-Initiativen und das Sprachrohr für Menschen, die sich in Niedersachsen für globale Gerechtigkeit einsetzen. Der VEN bietet eine Plattform zum Austausch und zur Vernetzung, berät seine Mitglieder vor Ort, qualifiziert mit Fortbildungen und Seminaren, koordiniert landesweite Kampagnen und Programme und stärkt damit zivilgesellschaftliches Engagement. Auf landespolitischer Ebene bringt der VEN globale Themen ein, wirbt für mehr Politikkohärenz und Verantwortung.



**VERBAND  
ENTWICKLUNGSPOLITIK  
NIEDERSACHSEN e.v.**

